

Daniel Hechler & Peer Pasternack

Hochschule in der Stadt

Metropolitane Konzepte und überwiegend nichtmetropolitane Bedingungen



Daniel Hechler



Peer Pasternack

Universities are always situated in towns, even if they are located in rather rural areas. Since the expansion of the higher education system the majority of universities resides in cities, which are not metropolises or even large towns. Therefore the characteristic regional environment for the universities is an urban but not a metropolitan. Reflexions on this environment often fall short because most popular theories on potentials of the interrelation of universities and their hometowns share an metropolitan bias. Due to economic, social and demographic challenges an adequate description of this environment becomes increasingly important as a fundament for strategic concepts employing the cooperation between universities and their hometowns – not only to develop these urban areas but to secure the preconditions for reproduction of the universities itself.

Die vorrangigen regionalen Bezugspunkte von Hochschulen sind ihre Sitzorte. Diese sind ausnahmslos Städte, selbst dann, wenn sie in ländlich geprägten Regionen liegen. Seit der Bildungsexpansion sind die Hochschulen zudem mehrheitlich in Städten angesiedelt, die keine Metropolen, häufig auch keine Großstädte sind. Städtisch, aber nichtmetropolitan ist damit für viele Hochschulen ein Charakteristikum ihrer Umweltbedingungen. Einstmals konnten die Hochschulen vor Ort soziale und ökonomische Umweltbedingungen voraussetzen (und entsprechend vernachlässigen), die eine Nachfrage nach ihren Leistungen in Forschung und Lehre beständig reproduzieren. Heute dagegen sind Hochschulen zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, selbst wesentlich zur (Re-)Produktion jener Umweltbedingungen beitragen zu müssen, die sie unentbehrlich machen. Dafür müssen jedoch die Kontexte angemessen wahrgenommen und die Handlungskonzepte auf diese abgestimmt sein.

Wissensgesellschaft und Stadt

„Wissensgesellschaft“ lautet eines der zentralen Schlagworte zur Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft. Damit wird eine „Lebensform“ beschrieben, in der Wissen „zum Organisationsprinzip und zur Problemquelle“ der Gesellschaft wird (Stehr 2001, S. 10). Es muss an dieser Stelle nicht interessieren, inwieweit diese Beschreibung exklusiv ist, mit anderen Gesellschaftsbildern konkurriert oder aber diese ergänzt. Die Beschreibung repräsentiert jedenfalls eine bestimmte Perspektive, die auf Wissen als zentraler Voraussetzung der allgemeinen Wohlfahrt und gesellschaftlichen Entwicklung abstellt – und zwar auf wissenschaftliches statt traditionales oder religiöses Wissen. Mit dieser Betrachtungs- und Entwicklungsperspektive verbinden sich sowohl

Gestaltungshoffnungen als auch praktische Konzepte. Sie zielen meist auf Beiträge zum lokalen Wirtschaftswachstum.

Allerdings ist auffällig, dass Wissensgesellschaft typischerweise exklusiv mit Metropolen und verdichteten Räumen assoziiert wird. Metropolen sind Großstädte, die magnetisierend Kräfte, Aufmerksamkeiten, Aktivitäten, Entscheidungen und Leistungsangeboten eines weiten Umlands auf sich konzentrieren, eine Vielfalt von Informationen verfügbar machen und nationale wie internationale Zentralität in politischer, ökonomischer und (hoch-)kultureller Hinsicht aufweisen. Damit bestehen dort Bedingungen hinsichtlich der Größe, Dichte, Heterogenität und Anziehungskraft, die nicht umstandslos andernorts kopierbar sind – und nichtmetropolitane Orte werden auch nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zum Bestandteil von „Metropolregionen“ erklärt.

Mit abnehmender Einwohnerzahl von Städten fallen die Ausprägungsgrade von Heterogenität, Diversität, Toleranz, Dichte und Offenheit tendenziell ab. Damit verbunden sinkt die Wahrscheinlichkeit, auf Unbekanntes, Unerwartetes, Ungleiches und Unfertiges – die Basis noch nicht gedachter und ausprobiertener Alternativoptionen – zu treffen. Es sinkt folglich die Innovationswahrscheinlichkeit, soweit sie allein auf Milieueffekten gründet. Mit zunehmender Einwohnerzahl hingegen steigt meist die Bevölkerungs-, Kontakt- und Institutionendichte. Damit einhergehend sinkt einerseits der Grad (individuell empfundener) sozialer Kontrolle. Andererseits wächst die Fehlertoleranz durch zunehmende Alternativenoptionen: Das Umfeld der Stadt wird umso fehlerfreundlicher, je mehr Entscheidungen – durch die anwachsende Zahl an bereitstehenden Alternativen – unter verhältnismäßig geringem Ressourcenverlust revidiert werden können.

Nun lebt in Deutschland weit mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung in ländlichen und in klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen. Kleinstädte umfassen zwischen 5.000 und 20.000, Mittelstädte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner. Dort sind zentrale Voraussetzungen dafür, was die Wissensgesellschaft institutionell und infrastrukturell ausmache, häufig nicht gegeben: In diesen Städten gibt es eher kleine oder keine Hochschulen, folglich auch keine hohe Studierendendichte. Die hochschulinduzierte wissensintensive Dienstleistungsnachfrage ist gedämpft, ebenso das derartige Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch ausstellungsvorbereitende Arbeiten des örtlichen Naturkundemuseums repräsentiert als durch Max-Planck-Institute. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen nur ausnahmsweise vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an FuE-intensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung. Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird durch ein traditional-bildungsbürgerliches Milieu dominiert statt durch innovationsge-neigte Avantgardisten.

Auch andere in der Literatur vorfindliche Konzepte für lokale Wissensentwicklungen sind typischerweise für bzw. anhand von Metropolen entwickelt worden. Die Konzepte zu Knowledge City, Wissensmilieus, Kreativer Stadt usw. gehen fraglos von großstädtischen Kontexten aus, wenn sie den Zusammenhang von Wissen und Stadtentwicklung thematisieren. Dennoch ist eines zu beobachten: Ebenso, wie auffallend viele Hochschulen nach Exzellenz streben, wollen erklecklich viele Orte kreative Stadt sein. Hochschulen in mittleren und kleineren Städten schließen in ihren Selbstbeschreibungen häufig daran an, ohne den fehlenden großstädtischen Kontext angemessen zu berücksichtigen.

Dies wird dadurch noch bedeutsamer werden, dass der demografische Wandel raumbezogen zu einer deutlichen Fragmentierung führt. Die Prozesse verlaufen regional selektiv und mit unterschiedlicher Intensität. Daraus ergibt sich eine Polarisierung in demografische Schrumpfungsbereiche einerseits und Wachstumszonen bzw. -inseln andererseits. Die Bevölkerungsentwicklungen korrespondieren mit den jeweiligen wirtschaftlichen Situationen. In der Perspektive der Regionalentwicklung ergeben sich so Prosperitätszonen bzw. -inseln und Stagnations- bzw. Abschwungkorridore. Als Reaktion darauf erfolgt unter anderem eine Demografisierung der raumbezogenen Zielsetzungen der Hochschulen. Sie stellt sowohl das Ergebnis als auch eine Gegenmaßnahme gegen die zunehmende räumliche Polarisierung dar. Konfrontiert mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung sehen sich Hochschulen als stabile staatliche Infrastruktur entsprechenden Erwartung ausgesetzt: Sie sollen zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen sowie der Abwanderung der jüngeren Menschen entgegenwirken.

Um dem Widerspruch von metropolitanen Konzepten und nichtmetropolitanen Umsetzungsbedingungen zu begegnen, müssen die Unterschiede zwischen Metropol-

len und kleineren/mittleren Städten sowie die Wirkungen der unterschiedlichen Ortsbedingungen herausgearbeitet werden. Damit lässt sich ein Beitrag zur Ausprägung realistischer Erwartungshaltungen auch der Hochschulen leisten: Welche Resonanzbedingungen finden Hochschulen an ihren jeweiligen Standorten vor, um innerhalb der Stadtentwicklung eine prägende Rolle zu spielen?

Hochschule in der und für die Stadt: Hemmnisse und Chancen

Sollen die Resonanzbedingungen einer Stadt für wissensgesellschaftliche Entwicklungen gezielt entwickelt werden, stößt man auf charakteristische Hemmnisse. So gelten ebenso die Entwicklungen von Städten wie von Hochschulen als in besonderer Weise steuerungsabstinent. Sollen beide miteinander synchronisiert werden, hat man es folglich mit Steuerungsabstinentz im Quadrat zu tun. Daher beschränken sich die Handlungsmöglichkeiten darauf, Gelegenheitsstrukturen für potenziell produktive wechselseitige Verstärkungen der Hochschul- und Stadtentwicklung zu schaffen, also die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern. Dafür aber hat wiederum jede Stadt Möglichkeiten, sei sie groß-, mittel- oder kleinstädtisch.

Beispielsweise sind Hochschulen für Städte die besten Chancen, junge Menschen in einer biografisch stark aufnahme- und prägefähigen Phase für sich zu begeistern und an sich zu binden. Indem Bedingungen geschaffen werden, mit denen Studierende und dann Hochschulabsolventen an die Stadt gebunden werden, lassen sich zentrale Voraussetzungen erzeugen, um lokale wissensbasierte Entwicklungen wahrscheinlicher zu machen. Zwar können dafür keine Erfolgsgarantien abgegeben werden, doch wenn eine Stadt schon daran scheitert, von jedem Hochschulabsolventenjahrgang relevante Anteile an sich zu binden, dann fehlen bereits wesentliche Grundvoraussetzungen für wissensbasierte Stadtentwicklungen. Differenzen zwischen größeren und kleineren Städten ergeben sich dann allerdings bei der Intensität solcher wissensbasierten Entwicklungen, wie sich z.B. an den Merkmalen Heterogenität und Innovationsneigung zeigt.

Sowohl Städte als auch Hochschulen sind in ähnlicher Weise durch Heterogenität gekennzeichnet. Deren wichtigstes Merkmal ist die Mischung von Konformität und Nichtkonformität. Innovation ist immer das Nicht-Mehrheitsfähige, also Nonkonforme. Sobald es mehrheitsfähig geworden ist, handelt es sich um Mainstream. Der erstarrt irgendwann zur Orthodoxie – und ist spätestens dann reif für die Ablösung durch erneute Innovation. Dieser Kreislauf benötigt die permanente Zufuhr kognitiver Energien – und den können Hochschulen sicherstellen, indem sie interessierte und interessante Menschen in die Stadt ziehen.

Städte und Hochschulen sind sich hier in einem Punkt sehr ähnlich, der Synchronisationen ihrer Entwicklung fördern kann: Beide sind Inkubatoren von (sozialer und wirtschaftlicher) Innovation. Die Hochschulen sind dies, weil sie (auch) Zonen darstellen, in denen frei von unmittelbarem Handlungsdruck nachgedacht und auspro-

biert werden kann. Städte sind solche Inkubatoren, weil sie im Unterschied zu sämtlichen sonstigen Siedlungsformen ihren Bewohnern Möglichkeiten bieten, sich sozialer Kontrolle zu entziehen: Sie bieten Freiräume und geschützte Zonen für das bisher noch nicht Gedachte und Ausprobierte, für scheinbar Abwegiges und noch Unreifes. Jegliche Innovation benötigt wiederum Risikotoleranz, und Städte bieten ein fehlerfreundliches Umfeld. Schließlich können Hochschulen und Städte mit gegenseitig sich ergänzenden Vorteilen aufwarten: Hochschulen bieten Zeitsouveränität, Städte bieten Raumsouveränität. Die gemeinsame Nutzung beider erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass innovierende Zufälle eintreten.

In einer Hinsicht haben die Debatten um die ‚kreative Stadt‘ hier auch hochschulfreundliche Wirkungen, die sich nicht nur groß-, sondern auch mittelstädtische Hochschulen zunutze machen können: Sie rücken Hochschulen als Ausbilder der kreativen Klasse und Kerne kreativer Milieus vermehrt in den Fokus der Stadtentwicklungspolitik. Zwar hat das Konzept der kreativen Stadt bislang wenig praktische Wirkungen hinsichtlich der Entstehung oder Erzeugung kreativer Städte gezeigt. Doch für Hochschulen hat es eine wichtige Funktion entwickeln können: Durch dieses Konzept kam es zu einer deutlichen Sensibilisierung für die kulturelle Produktivität von Hochschulen (vgl. Siebel 2008, S. 277-281).

Damit verbessern sich tendenziell die Chancen der Kommunikation zwischen Hochschulen und lokalen Akteuren. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass es sich um Schnittstellenkommunikation handelt. Folglich sind Übersetzungsleistungen zwischen unterschiedlichen Rationalitäten zu erbringen, z.B. solche zwischen der wissenschaftlichen Rationalität, die kognitive Geltungsansprüche für Aussagen – Entdeckungen, Erklärungen, Deutungen – durchzusetzen sucht, und der Verwaltungsrationalität mit ihrer Orientierung an Regelkonformität und Ressourcenverfügbarkeit, d.h. mit dem Ziel, bürokratische Anschlussfähigkeit zu früherem Verwaltungshandeln herzustellen und zu künftigem Verwaltungshandeln zu ermöglichen. Die Schnittstellenkommunikation wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreicher sein, wenn die gängigen Vorurteile gegenüber der Wissenschaft berücksichtigt und sie nicht mit den gängigen Vorurteilen gegenüber der Nichtwissenschaft beantwortet werden.

Erscheinen auf den Sitzort bezogene Aktivitäten der Hochschulen zunächst vor allem als zusätzliche Aufgabe, so können damit doch auch organisationale Gewinne generiert werden. Beispielweise kann die Regionaloption an die Seite oder an die Stelle einer Exzellenzorientierung treten. Damit lassen sich Legitimationsgewinne einfahren, die für einen größeren Teil der Hochschulen bzw. ihrer Fachbereiche auf dem Wege von Exzellenzwettbewerben nicht zu erlangen sind. Auch zielt die Exzellenzorientierung auf vertikale Differenzierung der Hochschullandschaft ab, denn Exzellenz ist *per definitionem* nur für eine geringe Zahl von Einrichtungen erreichbar. Jede Diskursformation, die keine positiven Modelle für die große Zahl der ‚Differenzierungsverlierer‘ anbietet, müsste unvollständig und instabil sein. Insofern markiert die verstärkte Integration von Hochschulen in

die regionale oder städtische Entwicklung weniger das Gegenmodell der exzellenten Hochschule in einer prosperierenden Region, sondern ihr komplementäres Leitbild. Insbesondere Hochschulen in peripheren Regionen fällt es leichter, die eigene Unentbehrlichkeit nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren, wenn sie auch auf ihren Sitzort bezogen agieren. Eher erfolgswahrscheinlich dürfte dagegen eines sein: mit der Begründung, vor allem die überregionale Rolle der jeweiligen Hochschule entwickeln zu wollen, ihrem lokalen Wirksamwerden keine größere Aufmerksamkeit zu widmen und zugleich das bisherige Verfehlen der globalen Bedeutsamkeit damit zu begründen, dass die Ausstattung und die Kontexte lediglich einer Hochschule regionaler Bedeutsamkeit entsprächen.

Passiver und aktiver Hochschulregionalismus: Anwesenheits- und Aktivitätseffekte

Seit der bundesdeutschen Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre verbinden sich mit der Gründung von Hochschulen immer auch Erwartungen, damit die regionalen Entwicklungen zu fördern. Seitdem haben sich beständig die Schwerpunkte derartiger Hoffnungen verschoben und ihr Spektrum kontinuierlich erweitert. Diskursiv hat sich das Verhältnis von Hochschule und Stadt innerhalb eines halben Jahrhunderts von der Förderung der Chancengleichheit und einer bildungsgetriebenen Modernisierung der nationalstaatlich organisierten Gesellschaft hin zu einem umfassenden regionalen bzw. lokalen Entwicklungsfaktor verschoben. Der alte Hochschulregionalismus war passiv, also einfach dadurch wirksam, dass die Hochschulen da sind. Im Unterschied dazu ist der neue aktiv: Es wird von den Hochschulen erwartet, dass sie intentional für ihre unmittelbare Umwelt engagieren. Der aktive Hochschulregionalismus beschreibt Hochschulen als Akteure, denen eine „Dritte Mission“ zukommt. Die Definition von „Dritte Mission“ erfolgt qua Negation, umfasst sie doch alle Aufgaben, die nicht durch die traditionellen Funktionsbeschreibungen Forschung und Lehre abgedeckt sind.

In dieser Verschiebung ist es mehrfach zu Neuakzentuierungen, nicht jedoch zu einer Rücknahme einzelner Zielstellungen gekommen. So genießen die Stärkung der regionalen Bildungsbeteiligung, die Fachkräftesicherung sowie die Stärkung der lokalen Wirtschaft durch direkte und indirekte Nachfrageeffekte seit dem Beginn des Hochschulausbau kontinuierlich eine hohe Legitimität. Während diese Ziele zunächst im Horizont einer inklusiven Bildungspolitik und der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im nationalen Rahmen standen, fand ab den 1980er Jahren eine Neuakzentuierung und Ausweitung der stadt- und regionalbezogenen Erwartungen an die Hochschulen statt: zunächst durch *Ökonomisierung*, später durch *Kulturalisierung* und seit neuestem durch *Demografisierung*.

Damit sind auch die herkömmlichen Berechnungen bloßer Anwesenheitseffekte der Hochschulen allein nicht mehr hinreichend überzeugend, um sich als Hochschule regional zu legitimieren: Konsum und Mietzahlungen der Hochschulangehörigen, Dienstleistungsnachfrage der Hochschule, Einkommens- und Lohnsteuerzahlungen der

Hochschulbeschäftigten (15% verbleiben bei der Wohnortgemeinde) werden zur Kenntnis genommen, beeindrucken aber nur mäßig. Vielmehr wird die Wahrnehmung der Third Mission eingefordert. Dies betrifft einerseits wirtschaftsbezogene Aktivitäten: Wissenstransfer durch Absolventen, Ausgründungen aus Hochschulen, Industriekontrakte, Patentierungs- und Copyrightaktivitäten. Andererseits wird damit sozialraumbezogenes Handeln der Hochschulen angesprochen.

Sozialräumliche Aktivitäten der Hochschulen können wiederum an Anwesenheitseffekte anknüpfen: bauliche Präsenz im Stadtraum, Belebung der Lokalität (und Lokaltäten), kulturelle Heterogenisierung durch das studentische Milieu, ggf. auch in Dissonanz mit der angestammten Bevölkerung. Daran anschließendes Handeln soll sich beziehen auf außerökonomischen Wissenstransfer durch Absolventen, Kontrakte mit öffentlichen Aufgabenträgern, Partizipation am politischen Geschehen, Teilhabe am sozialen Geschehen vor Ort und Mitwirkung an *public understanding of science*-Programmen. Wünschenswert sind schließlich kulturelle Prägewirkungen der Hochschulen auf ihren Sitzort. (vgl. Inzelt et al. 2007, S. 121; Laredo 2007, S. 58f., 477).

Der Übergang vom passiven zum aktiven Hochschulregionalismus steht einerseits im Zusammenhang mit dem sog. Neuen Regionalismus. Dieser geht davon aus, dass die entscheidenden Subjekte des wirtschaftlichen Wettbewerbs nicht mehr Nationalstaaten, sondern Regionen seien bzw. würden (vgl. Heidenreich 2005). Entsprechend werden in dieser Perspektive die Hochschulen vor allem in den Kontext regionaler Innovationssysteme eingeordnet. Andererseits ist der Übergang zum aktiven Hochschulregionalismus geprägt durch neue Formen der Wissensproduktion. Hiervon wurden verschiedene Modellierungen inspiriert, wobei der „Mode 2“ am populärsten geworden ist (vgl. Gibbons et al. 1994; Nowotny et al. 2001). Beide Beschreibungsarten – Hochschule im regionalen Innovationssystem und zeitgenössische Modelle der Wissensproduktion – finden dann wiederum zusammen in daran anschließenden Beiträgen: den Konzeptualisierungen von Kreativität als regionaler Entwicklungsfaktor und der sog. Third Mission. Beide werden zupackend formuliert, d.h. auch: normativ gut ausgestattet und damit noch fehlende empirische Evidenzen kaschierend.

Handlungsoptionen

Städte verfügen in Bezug auf die Hochschulen kaum über Steuerungsmechanismen. Daher müssen Anstrengungen, ein produktives Kooperationsverhältnis zwischen Stadt und Hochschule zu etablieren, konsensual erfolgen. Das wiederum versetzt die Hochschulen in die komfortable Situation, eigenen Interessen Geltung verschaffen zu können. Für Kooperationen zwischen Hochschulen und städtischen Partnern muss immer auf der Grundlage der lokalen Situation, der Interessenlage und der einsetzbaren Ressourcen entschieden werden, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen und können. Dafür gibt es einige strategische Erfolgsfaktoren (vgl. Pasternack 2013). Diese sollten in die jeweilige institutionelle Policy eingebaut werden:

- Vermieden werden sollten grobe Dysfunktionalitäten, etwa Überbeanspruchungen, Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht, oder städtische Bürokratie, die Kooperationen erschwert.
- Hilfreich sind angemessene, d.h. aufgabenadäquate Ressourcen: personelle, sächliche und – vor allem zur Umsetzung konkreter Projekte – finanzielle.
- Elementare inhaltliche Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass inhaltliche Anknüpfungspunkte zwischen Hochschulen und den städtischen Partnern bestehen und erkannt werden. Die Offenlegung der jeweiligen Eigeninteressen ist hier hilfreich.
- Im Anschluss daran muss die Einsicht in den je eigenen Nutzen der Kooperation bestehen bzw. erzeugt werden. Ideal sind Positivsummenspiele, in denen sich Nutzen für alle Beteiligten ergibt, also sog. Win-Win-Situationen erzeugt werden.
- Um Ideen für die Stadt zu entwickeln, bedarf es eines Problembewusstseins für die lokalen Gegebenheiten. Ist dieses entwickelt, muss es wiederum auf Resonanz in der Stadt treffen. Das heißt: Auch die lokalen Akteure müssen für die Problemlagen und Handlungsbedarfe der eigenen Stadt und die Möglichkeiten, darauf mit Hilfe der Wissenschaft reagieren zu können, sensibilisiert sein.
- Die motivierte Mitarbeit von Wissenschaftlern/innen an lokalen Kooperationen wird wahrscheinlicher, wenn sie diese nicht als zusätzliche Aufgabe, sondern als Möglichkeitsraum zur Entfaltung von Forschungs- und Lehrinteressen erfahren.
- Institutionalisierungen von Kooperationen sind erfolgversprechender, wenn Kooperationsbürokratie vermieden wird.
- Anzustreben ist eine Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner, da diese unterschiedlichen Funktionslogiken und Zeitregimen folgen.

Entwicklungsstrategien zur Entwicklung von Hochschule-Stadt-Kooperationen sollten nicht als planwirtschaftliches Bewirtschaftungsinstrument verstanden werden. Sie ermöglichen vielmehr, festzustellen, wo man stehen wollte, wo man – in der Regel: im Unterschied dazu – steht, und welche Umfeldbedingungen sich ggf. verändert haben. Strategische Planungen sind die Voraussetzung dafür, ungerichtetes oder allein intuitiv geleitetes Handeln zu vermeiden und stattdessen reflektiert handeln zu können. Strategiepläne sollen kein sklavisch bindendes Handlungskorsett sein, sondern sind vor allem dann sinnvoll, wenn sie es ermöglichen, von ihnen *kontrolliert* abweichen zu können – die Betonung liegt dabei auf kontrolliert. Gibt es keinen Plan, fehlt selbst die Grundlage für die kontrollierte Abweichung.

Gibt es hingegen einen Plan, von dem fallweise, z.B. zur Sicherung überwiegender Zustimmung, abgewichen wird, dann besteht die Chance, auf Umwegen zum Ziel zu gelangen, soweit das jeweilige Ziel über die Zeit hin seine Geltung festigen kann. Auch stabilisieren Strategiepläne die zugrundeliegenden Problemwahrnehmungen. Zudem schaffen Planungen eine Rationalitätsfassa-

de, die extern Legitimität generieren und intern insofern funktional sein kann, als sie die Akteure zum Handeln zwingt. Das Ergebnis inkrementeller Steuerung mag zwar von der ursprünglichen Planung abweichen, kann aber immer noch deren Grundsätze zur Geltung bringen. Die Aktivitäten der Hochschulen im Bereich der Stadtentwicklung zu systematisieren hilft auch, bereits stattfindendes sichtbar zu machen. Es ist unklug, über das, was ohnehin bereits geschieht, nicht auch zu reden, also nicht herauszustellen, was nun einmal vorhanden ist. Denn selbst dort, wo sie es gar nicht als ihre Aufgabe ansehen, verfügen die Hochschulen in ihrem Handeln über durchaus zahlreiche lokale Anknüpfungspunkte und vorzeigbare Ergebnisse mit lokaler Relevanz. Doch die Hochschulen und ihre Leitungen sind heute typischerweise nicht umfassend aussagefähig zu den lokalen Leistungen, die an und von ihrer Einrichtung bereits erbracht werden. Entsprechend gering ausgeprägt ist die Kommunikationsfähigkeit zu diesem Thema.

Um diese Hochschulkommunikation mit lokalen Akteuren zu entwickeln, bedarf es schließlich solcher Formate, die an Kommunikationsgewohnheiten der Adressaten anschließen. Denn welche Expertise sie zu welchem Zweck nutzen, bestimmen die Nachfrager, nicht die Anbieter (Ronge 1996, S. 137f.). Immer disponiert die Empfängerseite über den Anschluss an Kommunikationsangebote sowie die dafür mobilisierten Strategien und Motive.

Literaturverzeichnis

Gibbons, M./Limoges, C./Nowotny, H./Schwartzman, S./Scott, P./Trow, M. (1994): *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*, London.

- Heidenreich, M. (2005): The renewal of regional capabilities. Experimental regionalism in Germany, In: *Research Policy*, Vol. 34, pp. 739-757.
- Inzelt, A./Laredo, Ph./Sanchez, P./Marian, M./Vigano, F./Carayol, N. (2007): Third Mission. In: University, OEU Observatory of the European (Hg.), *Strategic Management of University Research Activities. Methodological Guide. Prime Network of Excellence*, pp. 117-154.
- Laredo, Ph. (2007): Revisiting the Third Mission of Universities: Toward a Renewed Categorization of University Activities? In: *Higher Education Policy* Vol. 20/No. 4, pp. 441-456.
- Nowotny, H./Schott, P./Gibbons, M. (2001): *Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*, Cambridge.
- Pasternack, P. (Hg.) (2013): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig.
- Ronge, V. (1996): Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung. In: Vogel, A./Alemann, H. (Hg.): *Soziologische Beratung. Praxisfelder und Perspektiven*. 9. Tagung für angewandte Soziologie, Opladen, S. 135-144.
- Siebel, W. (2008): Was macht eine Stadt kreativ?, unter Mitarbeit von Thomas Röhke und Bernd Wagner. In: Wagner, B. (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik*, Essen, S. 273-284.
- Stehr, N. (2001): *Moderne Wissensgesellschaften*. In: *APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 36, S. 7-14.

- Daniel Hechler, M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung (HoF), Universität Halle-Wittenberg, E-Mail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de
- Dr. Peer Pasternack, Professor für Hochschulforschung, Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF), Universität Halle-Wittenberg, E-Mail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de